

## Gewalt gegen Frauen

Der Dachverband Österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen (DÖJ) sieht in der Jugendhilfe einen bevorzugten Ansatzpunkt zur konkreten Gegensteuerung.

---

Die Vorschläge und Forderungen aus vielen Bereichen angesichts der erschreckenden Entwicklung von Gewalt an Frauen in Österreich zeigen, dass an vielen Schrauben gedreht werden könnte und sollte, wenn man dieser Entwicklung effektiv entgegensteuern möchte. Es geht nicht um kleine Nachbesserungen an einem gut funktionierenden System, sondern es geht um generelle und kombinierte Maßnahmen in vielen Teilen des Sozialsystems.

**Ein Teilsystem davon ist die Kinder- und Jugendhilfe in Österreich. Nicht nur, dass Kinder aus Gewaltfamilien oft in das Rettungsschiff der Jugendhilfe übersiedelt werden müssen (ca. 13.000 laufend), sondern auch, dass jährlich über 35.000 Kinder und Jugendliche in ihren Familien ambulant unterstützt werden müssen, weil dort gewaltvolle oder verwahrlosende Erziehung praktiziert wird.**

Das Einschreiten der Jugendhilfe bietet den besten Anlass, gewaltvollen Konfliktlösungen im familiären Bereich an der Wurzel anzupacken. Es genügt dann eben nicht, nur die Kinder aus der Gefahrenzone zu nehmen – und die Restfamilie dem eigenen Schicksal zu überlassen. Auch wenn die Fremdunterbringung der gefährdeten Kinder meist eine notwendige Maßnahme darstellt, könnte und sollte sie den Beginn einer intensiven Familienbegleitung bei Fremdplatzierung darstellen. Dies wäre sowohl in Bezug auf Gewaltprävention als auch in Bezug auf eine mögliche Rückführung der Kinder von großer Bedeutung.

Die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe stellt für begleitende Familienarbeit während der Fremdunterbringung bisher allerdings kaum Ressourcen zur Verfügung, auch wenn deren Sinnhaftigkeit - besser deren Notwendigkeit - von den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen immer wieder gefordert wird. Der DÖJ empfiehlt daher dringend im Sinne von Gewaltprävention in Familien und damit auch der Prävention von Gewalt gegen Frauen bundesweit ambulante und stationäre Familienarbeit auszubauen.

Leider ist die Kompetenz für Jugendhilfe vor kurzem ganz in die Hände der Bundesländer übergeben worden und der Bund hat sich aller österreichweit steuernden Möglichkeiten entledigt. Die Jugend- und Familienministerin kann nicht einmal den Ländern empfehlen, die Jugendhilfe gewaltpräventiv zu gestalten. Eine ähnliche parlamentarische Anfrage in Bezug auf Empfehlungen zum Umgang der Jugendhilfe in der Coronakrise wurde mit „Unzuständigkeit“ abgelehnt. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Ländern massiv.

Daher fordert der DÖJ auch, dass die Bund-Länder-Vereinbarung in Bezug auf gleiche Standards in der Jugendhilfe – nun speziell in Bezug auf Gewaltprävention in den Familien - endlich aktiviert wird.